

Redaktion
Dresden
Neustadt
N. Meißner
Casse & Co.

Sächsische Vorzeitung

Preis:
vierteljährlich
1 R. 50 Pf. zu
bezahlen durch
die Post-
anstalten.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Amtsblatt für die königl. Amtshauptmannschaft Dresden, für die Ortschaften des königl. Gerichtsamts Dresden, sowie für die königl. Forstrentämter Dresden, Tharandt und Moritzburg.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag früh.

Inseratenpreis: Für die einspaltige Zeile 15 Pf., unter „Eingefandt“ 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger Herrmann Müller in Dresden.

Politische Weltspan.

Deutsches Reich. Die Schutzöllner werden auch in diesem Herbst wiederum den Versuch machen, den Reichstag für ihre Ideen zu gewinnen. Da man von freihändlerischer Seite eine ähnliche Regsamkeit wie die Gegner wenig an den Tag legt, so kann es nicht fehlen, daß diesen der Kampf gewaltig schwillt. Gilt es ihnen doch schon so gut wie gewiß, daß im Reichskanzleramte die Stimmung zu ihren Gunsten umgeschlagen sei, und daß namentlich der Nachfolger Delbrück nachdrücklich für ihre Interessen eintreten werde. Wir können jedoch die mehrfach ausgesprochene Befürchtung, daß bei der Reichsregierung die schutzöllnerischen Sympathien die Oberhand gewinnen, nicht theilen; denn von einer wohlwollenden Prüfung der vorgebrachten Beschwerden bis zur Einbringung einer Vorlage an den Reichstag, welche die Verlängerung der für die Aufhebung der Eisenzölle mit dem 1. Januar nächsten Jahres eintretenden Frist fordert, ist noch ein weiter Weg. Ohne der Zustimmung des Landes und der Reichstagsmehrheit gewiß zu sein, dürfte es wohl kein Minister unternehmen, eine solche Bahn zu betreten. Es wird übrigens von gut unterrichteter Seite gemeldet, daß im Reichskanzleramte eine Geneigtheit durchaus nicht vorhanden sei, dem Reichstage eine Verlängerung der Eisenzölle vorzuschlagen. Nur wenn das Bedürfnis nach Hinausschiebung des Termins auf Grund überzeugender Verhandlungen im Reichstage durch einen formellen Beschluß bekräftigt werde, wolle die Reichsregierung zu einer Prüfung der Frage noch in letzter Stunde sich bereit finden lassen.

Der Etat für das Reichsoberhandelsgericht, für das Reichseisenbahnamt, den Reichsinvalidenfond, ferner der über die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer sowie jener über die Reichseisenbahnverwaltung sind mit dem über die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern im Reichskanzleramte soweit ausgearbeitet, daß sie den verschiedenen Departements zur Ausführung pro 1877 zugestellt werden können. Mehrforderungen wurden nur bei dem Invalidenfond in Höhe von etwas über 18,000 Mark und bei der Reichseisenbahnverwaltung von 6000 Mark angebracht. Die belangreichsten Etats für Militär- und Marineverwaltung, auswärtiges Amt, Post- und Telegraphenverwaltung u. s. sollen unmittelbar darnach erscheinen; voraussichtlich werden sich diese jedoch nicht wie die meisten der bis jetzt erschienenen Gruppen ganz genau den vorjährigen Aufstellungen anschließen.

Der Bundesrath besteht darauf, daß die Anwaltsordnung, welche die Reichsjustiz-Kommission bekanntlich als besonderen Titel in das Gerichtsverfassungsgesetz eingeschaltet hat, aus diesem wieder entfernt und dem Reichstage als getrenntes Gesetz vorgelegt werde. Nachgiebiger scheint der Bundesrath dahingegen in Bezug auf Erlaß einer allgemeinen Gebührenordnung zu sein; wenigstens hört man nicht, daß in diesem Punkte sich Schwierigkeiten erhoben hätten.

Der Kaiser hat dem Reichsbankpräsidenten Dechant und dem Generalpostmeister Stephan den Rang wirklicher Geheimrätthe mit dem Titel „Excellenz“ verliehen. In Be-

treff dieser Auszeichnung mag darauf hingewiesen werden, daß die genannten beiden Herren die ersten „Kaiserlichen Excellenzen“ sind, welche das deutsche Reich aufzuweisen hat. Dem Post- und Telegraphen-Beamten, welche ihrem „excellenten“ Chef aus Anlaß der vorerwähnten Ernennung gratulirt hatten, ist ein gleichlautendes Schreiben zugegangen, in welchem Herr Dr. Stephan betont, daß er die ihm gewordene Auszeichnung vor Allem als einen huldreichen Beweis der Zufriedenheit des Kaisers mit den Erfolgen der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung erachte, an denen jeder brave Beamte seinen wohlverdienten Antheil habe.

Die Gesamtausprägung an Reichsgoldmünzen belief sich bis zum 2. Sept. d. J. auf 1,417,849,950 Mark. An Reichsilbermünzen wurden bis dahin 297,311,024 Mark 90 Pf., an Reichsnickelmünzen 31,586,966 Mark 90 Pf. und an Reichskupfermünzen 9,055,995 Mark 98 Pf. ausgeprägt.

In Ostfriesland wird für das Zustandekommen des Ems-Jade-Kanals mit großem Eifer gewirkt. Ueber die Richtung, welche der Kanal nehmen soll, streitet man sich allerdings noch sehr lebhaft. Die Einen wollen die nördliche, die Andern die südliche Linie, allmählich scheint aber die erstere immer allgemeiner Beifall zu finden. Auch hindert dieser Schritt nicht, daß die nöthigen Geldmittel emsig gesammelt werden, und besonders thun sich darin die Gemeinden und Ämter des nördlichen Friesland hervor. Die Regierung hat als Beisteuer der Provinz 521,000 Mark verlangt. Von dieser Summe zeichnete die Stadt Emden allein 287,000, die Stadt Aurich 40,000, Amt Aurich 30,000, eben soviel die ostfriesische Landschaft und ein Privatmann sogar 40,000 Mark. Uebrigens wird die Aufbringung der erforderlichen Beisteuer den einzelnen Ämtern dadurch sehr erheblich erleichtert, daß man ihnen die nöthigen Kapitalien auf ihren Wunsch aus dem Landesmeliorationsfond gegen nur 2 Procent Zinsen als Darlehen zur Disposition stellt. Wann das Werk thatsächlich in Angriff genommen werden soll, darüber ist bis jetzt noch nichts bestimmt.

Das Jahr 1870 ist in der That an Kongressen und Generalversammlungen außerordentlich reich, und so kann es denn nicht auffallen, daß auch der deutsche Veterinärath am 25. d. M. in Kassel tagen will. Auf der Tagesordnung steht der Entwurf eines allgemeinen und umfassenden Seuchengesetzes für das deutsche Reich und eine Besprechung über die technischen Grundsätze der Fleischschau und die Durchführung derselben in der Praxis, mit specieller Berücksichtigung der Organisation des Scharpersonals. — Außerdem tagte in Stuttgart der deutsche Apothekerverein und in Eisenach die fünfte Versammlung deutscher Forstwirthe.

Wie wir bereits mittheilen, ist auf dem Socialisten-Kongress in Gotha unter Anderem beschlossen, an die Stelle der beiden Parteiblätter „Neuer Socialdemokrat“ und „Volksstaat“ ein allgemeines Organ unter dem Titel „Vorwärts“ treten zu lassen. Am meisten verliert Herr Hasselmann dabei, der denn auch als Redakteur eines der erstgenannten Blätter seine Theilnahme am „Vorwärts“ ablehnte. Die anerkannten Herrscher im Reiche der Socialdemokratie sind demnach jetzt die Herren